► Oberlandesgericht München

Ein einseitig angeordnetes Schiedsgericht bindet den Pflichtteilsberechtigten nicht

| Der Erblasser bestimmte in seinem Testament, dass über sämtliche Streitigkeiten des Testaments sowie über eventuelle Pflichtteilsrechte ausschließlich ein Schiedsgericht nach den Regeln des Schlichtungs- und Schiedsgerichtshofs deutscher Notare entscheiden solle. In dem Testament setzte der Erblasser seine Ehefrau zur Alleinerbin ein mit der Folge, dass die Tochter enterbt war. |

Das OLG München ist in seinen Beschlüssen vom 25.4.16 (34 Sch 12/15, 34 Sch 13/15, Abruf-Nr. 186765) der zutreffenden Auffassung, dass der gesetzliche Pflichtteilsanspruch, der die Testierfreiheit begrenzt, nicht durch einseitige Verfügung von Todes wegen einem Schiedsverfahren unterstellt werden kann.

Die Testierfreiheit des Erblassers ist durch die mit Grundrechtsschutz ausgestattete gesetzliche Anordnung der grundsätzlichen Unentziehbarkeit des Pflichtteils beschränkt. Wenn das Gesetz das Pflichtteilsrecht für so bedeutungsvoll ansieht, so ist es nur konsequent, dass dem Erblasser damit auch jede Beschränkung des Pflichtteilsrechts in Bezug auf die Verfolgung und Durchsetzung des Rechts verwehrt wird.

MERKE | Ein erbrechtliches Schiedsgericht hat gegenüber ordentlichen Gerichten den Vorteil, dass Streit unter den Erben durch erbrechtlich qualifizierte Schiedsrichter endgültig entschieden wird und nicht der Weg durch die Instanzen besritten werden muss. Zudem sind die Verhandlungen des Schiedsgerichts nicht öffentlich, d. h., Erbstreitigkeiten bekannter Familien gehen nicht durch die Presse. Allerdings bindet die Anordnung eines Schiedsgerichts allein die Erben und gerade nicht die außerhalb des Testaments bestehenden Pflichtteilsberechtigten.

► Finanzgericht Düsseldorf

Sonderausgabenabzug bei Mehrfachspenden an Stiftungen

| Eine einzelne Spende in den Vermögensstock einer Stiftung darf nur bis maximal 1 Mio. EUR über einen Zeitraum von zehn Jahren verteilt als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Das FG Düsseldorf hat jetzt geklärt, wie sich die Sonderausgaben berechnen, wenn jemand innerhalb des 10-Jahreszeitraums eine weitere Spende leistet. |

Die Lösung: Es beginnt nicht für jede weitere Spende ein neuer 10-Jahreszeitraum, sondern es bleibt bei dem durch die erste Spende in Lauf gesetzten 10-Jahreszeitraum. Alle weiteren Zuwendungen innerhalb dieses Zeitraums werden zusammengefasst, bis der Abzugshöchstbetrag erreicht ist. Höhere Spenden können nur nach § 10b Abs. 1 EStG abgezogen werden – also mit 20 Prozent der Gesamteinkünfte oder 4 Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter (FG Düsseldorf 7.12.15, 13 V 2026/15 A (F), Abruf-Nr. 185503).

Testierfreiheit hört da auf, wo der Pflichtteil anfängt

Vorteil eines Schiedsgerichts

10-Jahreszeitraum beginnt mit der ersten Spende